

Bonus, Holger

Working Paper

Das wissenschaftliche Gutachten in der Politik: Information, öffentliche Meinung, Verantwortung

Diskussionsbeiträge - Serie B, No. 19

Provided in Cooperation with:

Department of Economics, University of Konstanz

Suggested Citation: Bonus, Holger (1981) : Das wissenschaftliche Gutachten in der Politik: Information, öffentliche Meinung, Verantwortung, Diskussionsbeiträge - Serie B, No. 19, Universität Konstanz, Fakultät für Wirtschaftswissenschaften und Statistik, Konstanz

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/92511>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

MEM

FAKULTÄT FÜR
WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN UND STATISTIK
UNIVERSITÄT KONSTANZ

DAS WISSENSCHAFTLICHE GUTACHTEN
IN DER POLITIK — INFORMATION,
ÖFFENTLICHE MEINUNG, VERANTWORTUNG

Holger Bonus

Serie B - Nr. 19

DISKUSSIONSBEITRÄGE

D-7750 Konstanz
Postfach 5560

20. AUG. 1981 Weltwirtschaft
Kiel *ly*
M. M. 389 *elo*

Das wissenschaftliche Gutachten
in der Politik - Information,
öffentliche Meinung, Verantwortung

Holger | Bonus

Serie B - Nr. 19

Überarbeitete Fassung:

27. Juni 1981

1. SEP. 1982
Wahlkreis
K. 1982

Vorläufig und vertraulich

Nicht ohne schriftliche Zustimmung des Autors zitieren

Kommentare werden erbeten

Serie A: Volkswirtschaftliche Beiträge

Serie B: Finanzwissenschaftliche Arbeitspapiere

Serie C: Betriebswirtschaftliche Beiträge (in Vorbereitung)

Das wissenschaftliche Gutachten in der Politik-
Information, öffentliche Meinung, Verantwortung

Holger Bonus
Überarbeitete Fassung
27. Juni 1981

GLIEDERUNG

	<u>Seite</u>
I. EINSCHRÄNKUNG: DAS IDEALE UND DAS "TECHNISCHE" GUTACHTEN	1
II. IDEOLOGISCHES: NACHFRAGETHEORIE UND ANGEBOTSTHEORIE	2
1. Die Nachfragetheorie	2
2. Die Angebotstheorie	3
3. Wissenschaft und Überzeugung	3
4. Die Ideologie verdichtet Erfahrung	5
a. Konsument: Kleinheit und Schutz des Schwächeren	5
b. Produzent: Risiko, Scheitern und Leistungswillen	7
III. DIE IDEOLOGIEKOMPONENTE WISSENSCHAFTLICHER POLITIKEMPFEHLUNGEN	8
1. Die Sozialkomponente der Sozialen Marktwirtschaft	9
a. Nachfragetheorie: Umverteilung	9
b. Angebotstheorie: Kosten und Vertrauen	10
2. Kernenergie	11
a. Nachfragetheorie: Gefährdung durch Unglücksfälle	11
b. Angebotstheorie: die sozialen Kosten von Wirtschaftskrisen ...	12
3. Gutachten und politische Verantwortung	13
IV. DIE ROLLE DES EINFACHEN PARTEIMITGLIEDES	14
1. Ist Wissen wirklich Macht?	15
2. Orientierung durch Parteiideologie	16
3. Information als Bedrohung	16
V. WISSENSCHAFT ALS MAGIE	17
1. Ideologische Mantelgeschosse	18
2. Die Schweigespirale	19
3. Zur Strategie ideologischer Offensiven	20
4. Abschreckung durch Wissenschaft	22
5. Im Banne des Meinungsklimas	22
VI. IDENTITÄTSKRISE DURCH WANDEL: DIE SPD	23
1. Was ist sozialdemokratische Politik?	23
2. Die Auseinandersetzung im Unterbezirk München	25
3. Akademiker contra Industriearbeiter	26
4. Noch einmal: Nachfragetheorie und Angebotstheorie	27
V. SCHLUSS	28

Das wissenschaftliche Gutachten in der Politik-
Information, öffentliche Meinung, Verantwortung*

Holger Bonus
Universität Konstanz

I. EINSCHRÄNKUNG: DAS IDEALE UND DAS "TECHNISCHE" GUTACHTEN

Wer sich mit der Rolle des wissenschaftlichen Gutachtens in der Politik befaßt, der begegnet alsbald einer Idealvorstellung. Danach besteht zwischen der Wissenschaft einerseits und der Politik andererseits eine strikte Aufgabenverteilung. Nach dieser Vorstellung - die übrigens äußerst einflußreich ist - waltet der Politiker seines Amtes, indem er nach Kräften versucht, die sachlich gebotenen Entscheidungen zu treffen und unter der Vielzahl denkbarer Optionen eine sorgsame und subtile Abwägung vorzunehmen. Um das aber mit der nötigen Präzision tun zu können, braucht er möglichst viele Informationen über die tatsächlichen Zusammenhänge; und an dieser Stelle kommt die Wissenschaft ins Spiel. Der Wissenschaftler nämlich, so die Idealvorstellung, ist in einer ganz anderen Sphäre beheimatet, in der er sich wertfrei, zumindest aber politikfern, der objektiven Analyse komplexer Zusammenhänge widmet. Er gewinnt dabei eben jene Information, die der Politiker für seine eigenen, sachgerechten Entscheidungen so dringend benötigt, da erst sie ihn überhaupt in die Lage versetzt, das jeweils angemessene zu erkennen und ihm gebührend Rechnung zu tragen.

Diese Idealvorstellung möchte ich ein wenig erschüttern. Genauer gesagt: ich möchte sie beschränken auf die sehr spezielle Gattung des "technischen Gutachtens" im weiteren Sinne. Da möchte eine Gemeinde beispielsweise eine Brücke bauen; und dazu benötigt sie selbstverständlich ein Gutachten über die statischen Erfordernisse. Oder eine Landesregierung erwägt strukturpolitische Maßnahmen und ist dann gut beraten, wenn sie zuvor regionale Input-Output-Tabellen erstellen läßt, damit sie anhand der tatsächlichen Lieferverflechtungen die ökonomischen Schwachstellen ausmachen und den mutmaßli-

*Überarbeitete Fassung eines Referates vor dem GELSENWASSER-Beirat, Gelsenkirchen, gehalten am 18. Mai 1981. Das Referat erweitert einen früheren Beitrag des Autors "Information und Emotion in der Politikberatung", das in der Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 138 (1982), Heft 1 (März) erscheinen wird. Dort finden sich ausführliche Literaturhinweise zu diesem Komplex.

chen Erfolg verschiedener Hilfsstrategien abschätzen kann. Solche "technischen" Gutachten sind also keineswegs auf die technischen Disziplinen beschränkt. Sie haben gemeinsam, daß der Politiker zur Vorbereitung einer ins Auge gefaßten Entscheidung ganz bestimmte, genau umrissene Informationen benötigt und nun Experten damit beauftragt, ihm das Gesuchte zu vermitteln.

Dieses "technische" Gutachten ist hier nicht von Interesse, und ich möchte mich mit ihm nicht weiter beschäftigen. Das besagt nicht, daß es in der Praxis bedeutungslos wäre.

II. IDEOLOGISCHES: NACHFRAGETHEORIE UND ANGEBOTSTHEORIE

Ich meine einen anderen Typ von wissenschaftlichem Gutachten, der in der Tagespolitik eine große und wenig reflektierte Rolle spielt. Nehmen Sie einmal an, es gehe im Augenblick darum, ob man in der prekären wirtschaftlichen Lage ein Konjunkturprogramm zur Schaffung der Sicherung von Arbeitsplätzen auflegen sollte. Wie Sie wissen, gibt es dazu zwei einander diametral entgegengesetzte Positionen.

1. Die Nachfragetheorie

Der befragte Anhänger der einen Position würde etwa wie folgt argumentieren. Natürlich bringe ein solches Programm zunächst einmal höhere Staatsausgaben mit sich. Aber durch seine zusätzlichen Ausgaben schaffe der Staat ja auch zusätzliche Nachfrage, und diese werde für zusätzliche Arbeitsplätze sorgen oder vorhandene Arbeitsplätze sichern. Damit aber entfalle Arbeitslosenunterstützung, die sonst hätte gezahlt werden müssen, während die nunmehr Beschäftigten zugleich Steuern entrichteten, die sonst ausgeblieben wären. Aufgrund des Programms spare der Staat also einerseits künftige Ausgaben und erziele andererseits künftige Mehreinnahmen, so daß sich die zunächst entstehenden höheren Aufwendungen bald von selbst zurückzahlten. Deshalb könne am Nutzen eines solchen Programms kein Zweifel bestehen, und die Regierung brauche auch keine Bedenken zu haben, es zunächst einmal durch zusätzliche Verschuldung zu finanzieren.

Diese Position stellt sehr stark ab auf die Rolle der Nachfrage als Motor der Konjunktur. Man spricht deshalb von der Nachfragetheorie. Kein geringerer als Lord Keynes ist ihr erlauchter Ziehvater; und diese Theorie ist ungeheuer einflußreich gewesen in den letzten zwei, drei Dekaden.

2. Die Angebotstheorie

Aber es gibt, wie gesagt, auch die entgegengesetzte Position. Ihre Anhänger würden folgendermaßen argumentieren. Wir seien wirtschaftlich in eine äußerst prekäre Situation geraten; alles stünde auf Messers Schneide. Gerade jetzt würden zusätzliche Staatsausgaben - für die ja zunächst einmal die Mittel aufgebracht werden müßten - in erster Linie zusätzliche Belastungen der Wirtschaft mit sich bringen. Jede derartige Belastung werde aber in der gegenwärtigen Konstellation dazu beitragen, das Investitionsklima weiter zu verschlechtern, den Leistungswillen weiter zu schwächen; solche Belastung werde potentielle Innovatoren noch mehr entmutigen und die Bereitschaft, Risiken auf sich zu nehmen, noch stärker dämpfen. Kurz, die negativen Folgen würden sich wie ein Mehltau über die Wirtschaft legen und ihr die Sprungkraft nehmen, auf die aber gerade jetzt alles ankomme. In der gegenwärtigen Situation dürften wir vieles tun - nur das eine nicht, das Leistungsvermögen der Wirtschaft abzuwürgen.

Ein Anhänger dieser zweiten Position würde also zu der Empfehlung gelangen, keine Konjunkturprogramme aufzulegen. Er hätte sich dabei stark an der Produktionssphäre orientiert, weniger an der Nachfrageseite wie die Vertreter der ersten Position. Ihm wäre es um Leistungswillen, Investitionsklima, Risikofreude gegangen, - also um Begriffe, die aus der Erfahrung des Anbieters stammen, der sich ungewissen Absatzchancen gegenüber sieht. Wir sprechen deshalb von der Angebotstheorie. Die Wahl von Reagan in den Vereinigten Staaten markiert einen breiten Übergang von der seit dem New Deal Roosevelts herrschenden Nachfragetheorie hin zur Angebotstheorie.

3. Wissenschaft und Überzeugung

Diese beiden Positionen - Nachfragetheorie und Angebotstheorie - stehen sich nicht nur in der Politik gegenüber, sondern auch in der Wissenschaft. Wenn Sie ein nachfragetheoretisch orientiertes Gutachten haben wollen, dann wenden Sie sich vielleicht nicht gerade an das Kieler Institut für Weltwirtschaft, sondern besser an das Berliner DIW. Mit anderen Worten: Sie bekommen für beide Positionen erstklassige und wissenschaftlich fundierte Gutachten.

Wie ist das möglich? Liegt es daran, daß die Wissenschaftler korrupt sind? Geht das nach dem Motto, 'wes Brot ich ess', des Lied ich sing'?

So etwas kommt natürlich schon einmal vor; aber das ist nicht der Kern des Problems. Vielmehr hängt die Empfehlung, zu der ein wissenschaftliches Gutachten der angesprochenen Art - also ein nicht "technisches" Gutachten - am Ende gelangt, ausgeprägt von subjektiven Wertungen des Gutachters ab, von seiner höchst persönlichen Überzeugung also. Und es ist nicht etwa so, als trete damit ein Fremdkörper in die wissenschaftliche Analyse ein, der darin eigentlich nichts zu suchen habe. Solche subjektiven Wertungen sind vielmehr aus dem Prozeß des wissenschaftlichen Abwägens nicht wegzudenken, sie sind ein genuiner Bestandteil dieses Prozesses.

Was die Wünschbarkeit von Konjunkturprogrammen in der gegenwärtigen Situation angeht, stehen sich damit zwei ideologische Positionen innerhalb der Wissenschaft selbst gegenüber. Denn sowohl die Nachfrage- als auch die Angebotstheorie sind gewissermaßen nur die Spitze eines Eisbergs; hinter beiden stehen sehr viel breitere "Weltanschauungen". Ich möchte der Einfachheit halber im Folgenden gleichwohl die Bezeichnungen "Angebots-" und "Nachfragetheorie" beibehalten, auch wenn ich die ideologischen Positionen hinter diesen Theorien meine.

Nun bitte ich Sie herzlich, für den Augenblick einmal das Wort "Ideologie" seines negativ gefärbten Beiklanges zu entkleiden und es pragmatisch zu verstehen, nämlich als Sehweise von einem Standpunkt aus. Wenn Sie ein bestimmtes reales Phänomen von einer Seite her betrachten, dann sehen Sie die Dinge gewissermaßen perspektivisch: einiges ist "naheliegend", und das erscheint bedeutend; anderes ist weit entfernt und erscheint entsprechend verkürzt. Wenn Sie ihre Position wechseln, so schrumpft die Bedeutung einiger Aspekte, während andere gewichtiger werden. Kurzum, die Gewichtung verschiedener Aspekte ein und desselben Phänomens hängt vom Standpunkt des Betrachters ab; und in den hier angesprochenen Fällen scheint es eine "standortlose", unperspektivische Sehweise überhaupt nicht zu geben. Man kann offenbar gar nicht umhin, einen Standpunkt zu beziehen; und aus diesem ergibt sich dann eine bestimmte Art, die Dinge zu gewichten, wobei die Gewichte ebenso subjektiv sind wie der bezogene Standpunkt selbst.

In diesem Sinne steht die Nachfragetheorie für einen anderen, "ideologischen" Standort als die Angebotstheorie. Und je nach dem, wo ein individueller Wissenschaftler subjektiv steht - Wissenschaftler sind keine Computer -, je nach dem also wird er eine andere Politikempfehlung aussprechen, weil er eben die Gewichte anders setzt.

4. Die Ideologie verdichtet Erfahrung

Lassen Sie mich die beiden (in diesem Sinne) ideologischen Positionen, die hinter der Nachfragetheorie einerseits und der Angebotstheorie andererseits stehen, einmal etwas genauer umreißen. Die Nachfragetheorie bzw. die ideologische Position hinter ihr - ich werde beides, wie gesagt, synonym gebrauchen - ist geprägt durch elementare Erfahrungen aus dem Konsumbereich; während die Angebotstheorie ihre Prägung im Produktionsbereich erfahren hat. Diese Grunderfahrungen sind dann verinnerlicht worden und zu ideologischen Positionen geronnen.

a. Konsument: Kleinheit und Schutz des Schwächeren

Beginnen wir mit dem Konsumbereich. Das Alltagserlebnis des Verbrauchers, das sich ständig wiederholt und in der Nachfragetheorie verinnerlicht wird, besteht in seiner Kleinheit der Angebotsseite gegenüber. Der Verbraucher erlebt ein über das andere Mal, daß er von seiner eigenen Kaufkraft her eigentlich überhaupt nichts bewirken kann. Die paar Mark, die er auszugeben hat, verschwinden in den Umsätzen der Angebotsseite so gut wie spurlos. Er muß sich ausgeliefert fühlen, wenn er von Tankstelle zu Tankstelle fährt und sieht, daß die Preise überall angezogen haben, oder wenn er eine Wohnung sucht und erlebt, daß alle Vermieter unerhörte Forderungen stellen. Nun mag es sein, daß er den Tankstellenpächter kennt und seinen Versicherungen glaubt, daß es ihm trotz der hohen Benzinpreise wirtschaftlich nicht gut gehe; und es mag auch schon einmal geschehen, daß er die schwierige Lage eines ihm persönlich bekannten Vermieters versteht. Aber insgesamt ist für ihn sonnenklar, daß die Mineralölkonzerne - die dem Tankstellenpächter so hohe Preise diktieren - hemmungslose Preistreiber und Profitjäger sind, denen man einmal gründlich auf die Finger sehen müßte und die ihn schamlos ausbeuten. Und ihm ist überdeutlich, wie schlimm einen Mieter die Kündigung trifft, wie tief sie in sein persönliches Leben einschneidet, - wenn etwa alte Menschen eine ihnen seit Jahrzehnten vertraute Umgebung in der Innenstadt verlassen müssen, in der sie verwurzelt sind, um in ein Wohnsilo an der Peripherie zu gehen,

wo sie der Anonymität und Fremdheit nie mehr entgehen werden.

Da stehen Lebensschicksale gegen das abstrakte Rentabilitätskalkül eines Hauseigentümers, der sich höheren Gewinn aus dem Bau moderner Eigentumswohnungen errechnet; und für den so betroffenen Mieter oder seinen Nachbarn, der das alles mit ansieht, kann es keinen Zweifel daran geben, was schwerer wiegen sollte, das Schicksal von Menschen oder eine dürre Rechnung. Die Folgerung liegt auf der Hand: man muß den unterlegenen Mieter vor der Willkür des Vermieters in Schutz nehmen, auf die Entscheidungen des Eigentümers so einwirken, daß er nicht einfach seinen Profit über alles andere stellen kann.

Inflation wird vom Verbraucher nicht als die Auswirkung makroökonomischer Ungleichgewichte erlebt, also als Rechenfehler bei der Verteilung des Verfügbaren, sondern ganz konkret als die Summe uneinsichtiger, also offenbar willkürlicher Preiserhöhungen durch die Anbieter, die sich dabei ausschließlich an Rentabilitätskriterien orientieren. Wieder ist klar, wie man darauf zu antworten hat: die Anbieter sind zu kontrollieren, die Preise, die sie nehmen, müssen von außen her festgesetzt werden.

Das Grundanliegen der in der Verbrauchersphäre wurzelnden ideologischen Position muß im Schutz des Schwächeren bestehen, oder allgemeiner in der Gerechtigkeit. Solche Gerechtigkeit muß sich in Eingriffen äußern, durch die ein anonymes, als unsozial empfundenes Marktergebnis in Richtung auf mehr Humanität verändert wird. Das Marktergebnis muß also korrigiert werden, und zwar zugunsten des Schwächeren und auf Kosten des Stärkeren; und jener Stärkere ist ganz offensichtlich der Anbieter - "die Wirtschaft", wie verkürzt gesagt wird. Umverteilung ist eine überragende Forderung dieser ideologischen Position, und das geht so weit, daß die Gerechtigkeit der am Ende hergestellten Verteilung wichtiger erscheint als die materielle Versorgung des einzelnen Haushaltes selbst. So wird dem überzeugten Nachfragetheoretiker ein Zustand absoluter Gleichheit auch bei niedrigem allgemeinen Lebensstandard akzeptabler erscheinen als große Ungleichheit in einem Lande, in dem es aber auch den Schwächeren noch besser geht als all den Gleichen im Zustande der vollendeten Umverteilung.

Übrigens werden Anhänger dieser Position häufig einen leicht gereizten Tonfall an sich haben; sie werden ohne einen Tenor des Forderns, der ständigen Ansprüche an die aus ihrer Sicht stärkere Seite überhaupt nicht auskommen. Monopole, Preistreiber, Profitjäger, Betuchte, Privilegierte ziehen im Hintergrund die Fäden, lauter Übeltäter, denen man nur das Handwerk zu legen brauchte, um endlich einmal das Volk zu seinem Rechte gelangen zu lassen. In dieser Attitüde kommt das verinnerlichte Erlebnis der Kleinheit überdeutlich zum Ausdruck - ja, man könnte sagen, ein gewisses Element des Infantilen, des den übermächtigen Eltern ausgelieferten Kleinkindes.

Denn in Wirklichkeit bestimmen die Nachfrager insgesamt natürlich ebenso die Preise wie die Anbieter, die den Launen der Nachfrage ja nicht weniger ausgeliefert sind als jeder einzelne Nachfrager dem Marktpreis. Aber selbst die noch so große Marktmacht der Nachfrager insgesamt bleibt ein Abstraktum, für das es im konkreten Alltag des Nachfragers keine Entsprechung gibt; das individuelle Mitglied des mächtigen Kollektivs erlebt Tag für Tag nur die eigene Machtlosigkeit.

b. Produzent: Risiko, Scheitern und Leistungswillen

Wenden wir uns jetzt der Gegenposition zu, also der Angebotstheorie und ihrem ideologischen Hintergrund. Er ist durch die elementaren, alltäglichen Erfahrungen der Produktionssphäre geprägt worden und hat diese verinnerlicht.

Die Grunderfahrung im Produktionsbereich ist natürlich, daß jene Güter, die dem Konsumenten als "fertig" in den Gesichtskreis kommen, zunächst einmal hergestellt, also einer widrigen Umwelt abgerungen werden müssen, um danach einem Markttest ausgesetzt zu werden, dessen Ausgang zum Zeitpunkt der Produktion noch ungewiß sein muß. Man hat also Wagnisse auf sich zu nehmen, und man muß einfallreich sein, um sich aus der Meute der übrigen Anbieter herauszuheben. Wer lediglich das Gewohnte pflegt und sich nicht ständig dem rauhen Wind der Neuerungen aussetzt, der erleidet früher oder später das gegenwärtige Schicksal der schweizerischen Uhrenindustrie oder das, was unserer eigenen Automobilindustrie drohend im Nacken sitzt.

So alltäglich das Wagnis in der Produktionssphäre ist, so alltäglich ist auch die Erfahrung des Scheiterns. Man kann Glück haben und in sich auf-tuende Marktlücken geradewegs hineinstoßen; aber man kann auch Pech haben und alleine deswegen in Konkurs gehen, weil ein Abnehmer falliert, weil

die Wechselkurse plötzlich nachgeben oder weil Kredite plötzlich unerschwinglich werden. Sicherheit gibt es nicht in der Produktionssphäre, und Gerechtigkeit schon gar nicht. Prägend in dieser Sphäre ist die Erfahrung, daß es auf die eigene Leistungsfähigkeit ankommt, auf die Geschmeidigkeit, mit der man plötzliche Chancen wahrnimmt oder bedrohlichen Entwicklungen ausweicht. Das Ungewisse, ein unauflösliches Nebeneinander von Gelingen und Versagen in der Zukunft, gehört zu jeder Form der Produktivität, - und ebenso der harte Selektionsdruck.

Gerade dieser ist übrigens die Quelle unseres Wohlstandes, weil er die schlaff gewordenen Anbieter - die "Schwächeren" - ausmerzt und die reaktionsschnellen und tüchtigen Anbieter - die "Stärkeren" - mit Erfolg belohnt, wodurch erreicht wird, daß verborgene Möglichkeiten zur besseren Versorgung der Verbraucher aufgespürt und verwirklicht werden. Der Schutz des Schwächeren, auf die Produktionssphäre angewandt, garantiert eine karge und starre Versorgung der Bevölkerung, eine Versorgung, die "ungerecht" ist, weil sie auf die sich wandelnden Bedürfnisse der Nachfrager keine Rücksicht mehr nimmt. Die Prinzipien der Nachfragetheorie bewirken im Angebotsbereich, daß der Verbraucher keine Rolle mehr spielt.

Die Angebotstheorie also, die in den Erfahrungen der Produktionssphäre wurzelt, stellt die Leistung in den Vordergrund; sie bejaht die Ungleichheit und akzeptiert das Risiko. Aber sie verlangt auch, daß geglückte Unternehmungen sich auszahlen. Wer Glück hat, muß es spüren können; sonst wird er verlangen, daß er auch von den Konsequenzen des Unglücks verschont bleibe, und sich hernach um den Ausgang seiner Unternehmungen nicht mehr besonders kümmern.

III. DIE IDEOLOGIEKOMPONENTE WISSENSCHAFTLICHER POLITIKEMPFEHLUNGEN

So etwa lassen sich die beiden ideologischen Positionen umreißen, die auch in der Wissenschaft ihren Niederschlag finden. Auf der einen Seite sind Gerechtigkeit, Umverteilung und der Schutz des Schwächeren die zentralen Anliegen, denen sich das übrige unterzuordnen hat, und auf der anderen Seite sind es Leistung, Risiko und Erfolg. Beide Positionen sind miteinander unvereinbar. Je nachdem, welcher der beiden Positionen man nahe steht, wird man unterschiedliche Politikempfehlungen ableiten, wie im Beispiel der

Konjunkturprogramme. Beide Empfehlungen werden wissenschaftlich wohl fundiert sein, und die entsprechenden Gutachten verdienen, wenn von kompetenten Persönlichkeiten angefertigt, das Attribut der "Wissenschaftlichkeit" voll und ganz. Gleichwohl haben subjektive, "ideologische" Überzeugungen letztlich den Ausschlag gegeben.

1. Die Sozialkomponente der Sozialen Marktwirtschaft

Betrachten wir diese Zusammenhänge an zwei aktuellen Beispielen. Das erste ist die soziale Komponente innerhalb der Sozialen Marktwirtschaft, die ja eine Legierung aus beidem ist, aus Markt und Sozialkomponente.

Eine Frage, die heute viel gestellt wird, lautet: ist die Sozialkomponente innerhalb der Sozialen Marktwirtschaft heute nicht zu schwergewichtig geworden, so daß sie den Markt erdrückt? Es ist ja inzwischen deutlich geworden, daß wir das soziale Netz so, wie es ist, kaum über die nächsten beiden Jahrzehnte hinweg retten können, weil es bald schlechterdings nicht mehr finanzierbar sein wird.

Wie also werden die beiden ideologischen Positionen, Nachfrage- und Angebots- theorie, in dieser kritischen Situation reagieren?

a. Nachfragetheorie: Umverteilung

Die Nachfragetheoretiker werden sich, in die Defensive geraten, gereizt verteidigen. Sie werden auf den alten Kunstgriff zurückgreifen, den Schumpeter so schön beschrieben hat: das, was eigentlich diskutiert, also in Frage gestellt werden soll, werden sie zum Axiom erheben und damit jenseits jeder Kritik stellen. Wenn also jemand überhaupt nach der angemessenen Dimension der Sozialkomponente zu fragen wagt, werden sie ihn an den Pranger stellen und ihn verunglimpfen, er wolle die soziale Demontage. Das eigentlich kritisch zu Überdenkende wird zum Glaubenssatz, und der Fragende zum Ungläubigen, in Sünde Lebenden.

Nehmen Sie die Wohnungspolitik, die ja etwa in Berlin eine so überragende Rolle spielt. Hier wird der Nachfragetheoretiker den Mieter sofort als den Schwächeren identifizieren, den es zu schützen gilt. Sind die hohen Kostenmieten etwa sozial zumutbar? Es trete doch vor, wer das dem kleinen

Mann aufbürden wollte!

Natürlich weiß auch der Nachfragetheoretiker, daß gerade diese hohen Kostenmieten bis zum letzten Heller aufgebracht werden müssen, und zwar von eben demselben kleinen Mann, der von der hohen Miete verschont werden soll - nur jetzt eben in seiner Eigenschaft als Steuerzahler. Gerade das wird den Nachfragetheoretikern aber attraktiv dünken; denn indem das Geld zunächst vom Staate eingezogen und dann für die Subventionierung des sozialen Wohnungsbaues wieder ausgegeben wird, durchläuft es gewissermaßen einen gesellschaftlichen Filter, es wird nach sozialen Gesichtspunkten umverteilt. Jedenfalls hoffen die Nachfragetheoretiker das letztere mit größter Hartnäckigkeit.

Ganz abgesehen aber von diesem Aspekt der Umverteilung muß der Mieter als der soziale Unterlegene geschützt werden, indem die Miete eingefroren und insbesondere die Kündigung erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht wird.

b. Angebotstheorie: Kosten und Vertrauen

Wie stehen die Angebotstheoretiker denselben Fragen gegenüber? Der amerikanische Präsident Reagan, ihr derzeit prominentester Vertreter, hat sich ja keineswegs gescheut, am sozialen Netz einschneidende Kürzungen vorzunehmen, wofür er von den Nachfragetheoretikern mit wütenden Ausfällen bedacht wird. - Der Angebotstheoretiker also würde sich auf die Kostenseite von Sozialleistungen konzentrieren und darauf hinweisen, daß die aus sozialen Gründen vorgenommene Verzerrung der volkswirtschaftlichen Kostenstruktur im Produktionssektor zu schwerwiegenden Fehlentwicklungen führt, wie sie den Intentionen der Nachfragetheoretiker selbst geradewegs zuwiderlaufen.

Angewandt auf den Wohnungsmarkt etwa würde der Angebotstheoretiker wie folgt argumentieren. Wer Wohnungsbau betreibt, versenkt viel Kapital in seine Objekte; und damit er das tun kann, muß er Vertrauen haben, daß sich seine Anlage rentiert und daß er sein Geld später wieder herausbekommt. Kapital ist scheu wie ein Reh; und wenn fortwährend neue Gesetze erlassen werden, wonach man die Miete nicht erhöhen und in sein eigenes Haus nicht mehr einziehen darf, dann wird man sein Kapital nicht ausgerechnet in solchen absolut windigen Objekten festlegen. Wohnungsbau wird also uninteressant,

und Wohnungen werden nicht mehr gebaut werden. Ist es sozial, wenn am Ende gut verdienende, alleinstehende Ältere in großen und billigen Wohnungen residieren, wo sie geschützt sind, während zugleich junge Familien mit kleinen Kindern einen leergefegten Wohnungsmarkt vorfinden, da neue Wohnungen nicht mehr gebaut werden?

Die Politikempfehlungen beider Positionen werden also einander entgegengesetzt sein, und der Politiker kann wählen, wofür er ein wissenschaftliches Gutachten haben möchte. Dies liegt, ich möchte es ausdrücklich wiederholen, nicht etwa daran, daß die jeweiligen Gutachten unwissenschaftlich oder die Gutachter korrupt wären; sondern es folgt aus den unterschiedlichen Gewichten, die sie ihrer subjektiven Überzeugung gemäß auf Gerechtigkeit und den Schutz des Schwächeren einerseits legen, oder aber auf Leistungswillen und Risikobereitschaft andererseits.

2. Kernenergie

Nun sind beide ideologischen Positionen keineswegs auf den wirtschafts- oder sozialwissenschaftlichen Bereich beschränkt; beide reichen weit darüber hinaus. Um das zu demonstrieren, lassen Sie mich mein zweites Beispiel aus einem eher technischen Bereich wählen, der Kernenergie. Auch hier werden Sie zu entgegengesetzten Politikempfehlungen gelangen, je nach dem, ob Sie einen Nachfragetheoretiker oder einen Angebotstheoretiker zum Gutachter bestellen.

a. Nachfragetheorie: Gefährdung durch Unglücksfälle

Wie kommt das? Der in der Verbrauchersphäre wurzelnde Nachfragetheoretiker wird auch in diesem Bereich nach dem Schwächeren suchen, den es gegen die Interessen der Stärkeren abzuschirmen gilt. Den offensichtlich Schwächeren findet er in jenem ganz unbeteiligten Anwohner, der in der weiteren Umgebung eines Kernkraftwerkes lebt und im Falle eines Unglücks hilflos dem radioaktiven Fallout ausgeliefert wäre. Es kann sich dabei um viele Millionen Menschen handeln; und der Nachfragetheoretiker wird angesichts einer solchen - ganz realen - Gefahr alle übrigen Gesichtspunkte in den zweiten Rang verweisen. Wenn er Ökonom ist, wird er seine ablehnende Haltung mit Zahlenwerken untermauern, wonach die wirklichen Kosten der Kernenergie exorbitant seien und der Energieverbrauch durch drastisches Sparen enorm gesenkt werden könne; wenn er Richter

ist, wird er prohibitive Auflagen verlangen, um größte Sicherheit auch für Eventualitäten zu gewährleisten, und wenn er Physiker ist, wird er unablässig auf das niemals ganz auszuschaltende Restrisiko hinweisen und verdeutlichen, daß auch ein statistisch wenig wahrscheinlicher Fall sehr wohl schon morgen Realität werden kann. Am Ende wird er, gleich aus welcher Disziplin kommend, stets das "Nein" zur Kernenergie empfehlen und diese Empfehlung mit eindrucksvollen wissenschaftlichen Beweisketten belegen.

b. Angebotstheorie: die sozialen Kosten von Wirtschaftskrisen

Umgekehrt wird der Angebotstheoretiker, in der Produktionssphäre verwurzelt, beharrlich darauf pochen, daß die Wirtschaft einen kontinuierlichen Input aus Energie benötigt, der niemals abreißen darf und auch keinen zu großen Schwankungen unterliegen darf. Er würde herausarbeiten, welches die wirtschaftlichen Folgen einer drastisch gedrosselten Energieversorgung sein würden; und er würde nicht versäumen, neben den wirtschaftlichen auch die politischen Folgewirkungen einer schweren Wirtschaftskrise zu beschwören, wie sie sich bei einseitiger Abhängigkeit vom Öl im Gefolge politischer Wirren im Nahen Osten von heute auf morgen einstellen könnte. Am Beispiel der Weltwirtschaftskrise zu Beginn der dreißiger Jahre würde er zeigen, daß politische und ökonomische Stabilität eng zusammenhängen, und welche verheerende Entwicklungen sich aus massiven Wirtschaftszusammenbrüchen ergeben können. Er würde auf das Dritte Reich und die 50 Millionen Toten Bezug nehmen, die ja letztlich aus der Weltwirtschaftskrise hervorgegangen sind; und er würde davor warnen, bei der Abwägung der Risiken gegeneinander die unabsehbaren Spätfolgen wirtschaftlicher Einbrüche zu unterschätzen. Dadurch aber, würde der Angebotstheoretiker folgern, trete das unbestreitbare Restrisiko nuklearer Unglücksfälle entschieden in den zweiten Rang zurück, wo es sich neben den akuten wirtschaftlichen Gefahren einer drastischen Energieverknappung eher noch bescheiden ausnehme.

Und wenn der Nachfragetheoretiker jeden für schlechterdings korrupt halten muß, der angesichts immerhin möglicher Szenarios durchschmelzender Atommeiler dennoch für Kernkraftwerke eintritt, so sieht der Angebotstheoretiker lediglich zu den zahlreichen Risiken, die in der Produktionssphäre den Alltag ausmachen, ein weiteres hinzutreten, das aber in Relation zu der

sonst unvermeidlichen wirtschaftlichen Krise gesehen werden muß. Gewohnt, mit der Unsicherheit zu leben, vermag er denkbaren, aber doch wenig wahrscheinlichen Bedrohungen der Sicherheit nicht dieselbe Faszination zu entnehmen wie der Nachfragetheoretiker. Er wird die Unwägbarkeiten einer neuen Technologie optimistischer einschätzen und deshalb empfehlen, weitere Kernkraftwerke zu bauen.

3. Gutachten und politische Verantwortung

Die aus beiden Positionen heraus erteilten Politikempfehlungen sind einander diametral entgegengesetzt. Aber deshalb ist nicht etwa die eine davon falsch und die andere richtig, die eine wissenschaftlich und die andere unwissenschaftlich. Das subjektive Abwägen verschiedener Aspekte eines Phänomens ist ein legitimer und unverzichtbarer Bestandteil der wissenschaftlichen Analyse.

Nur folgt daraus, daß die resultierende Empfehlung politischer Natur ist, soweit sie aus der bezogenen ideologischen Position und der entsprechenden subjektiven Gewichtung hervorgegangen ist; und dies ist in den Beispielen der Fall. Die dort ausgesprochenen Empfehlungen wissenschaftlicher Gutachter entlasten den Politiker in keiner Weise von der Bürde der politischen Verantwortung. Er kann durch solche Gutachten die Entscheidung nicht "objektivieren", er kann nicht darauf verweisen, "die Wissenschaft" habe die Richtigkeit dieser Entscheidung erwiesen. Denn "die Wissenschaft" hätte auch für eine Erhärtung der entgegengesetzten Entscheidung zur Verfügung gestanden.

Damit will ich nun beileibe nichts gegen das wissenschaftliche Gutachten in der Politik gesagt haben. Immerhin wird der "nicht-technische" Gutachter dem Politiker der gemeinsamen ideologischen Position einigermaßen bruchlose, in sich logische Ausarbeitungen dieser Position abliefern, was eine konsistente Politik erleichtert. Aber ich möchte sehr viel gegen die falsche Verwertung solcher Gutachten sagen.

Denn die heutige Praxis sieht so aus, daß die Wissenschaft, ähnlich wie früher die Magie, zur Rechtfertigung politisch heikler Entscheidungen benutzt wird, daß sie dem Politiker als Tarnung dient. Die in der politischen Arena

umstrittene Entscheidung soll als durch Sachzwänge diktiert dargestellt werden, denen sich kein Verantwortlicher entziehen kann.

Dahinter verbirgt sich eine zunächst schwer verständliche Entscheidungsscheu des Politikers, eine Furcht vor der politischen Verantwortung. Man muß fragen, woher diese Scheu kommt. Denn in der Regel wird man ja davon ausgehen können, daß die Zauderer eher in die Wissenschaft gehen als ausgerechnet in die Politik, wo sich doch gemeinhin eher Menschen wohlfühlen, die gerne entscheiden und eine Freude am Gestalten politischer Realitäten empfinden. Warum also das Verschanzen hinter wissenschaftlichen Gutachten?

Um diese Frage zu beantworten, muß man sich von der lieb gewordenen Vorstellung vom Politiker lösen, der in stiller Abgeschlossenheit die Probleme durchdenkt, um dann in Weisheit zu entscheiden; dieser Politiker wäre auf die Informationen des Wissenschaftlers angewiesen, um die wirklich beste Entscheidung finden zu können. Er würde sich auf "technische" Gutachten beschränken oder "nicht-technische" Gutachten beider Positionen miteinander vergleichen, um den politischen Spielraum sauber ausgrenzen zu können. In jedem Falle würde er am Ende eine politische Entscheidung fällen und die politische Verantwortung dafür auf sich nehmen.

IV. DIE ROLLE DES EINFACHEN PARTEIMITGLIEDES

Der wirkliche Politiker in der modernen Demokratie ist von diesem Idealbild weit entfernt. Er ist ja nicht jemand, der als verantwortlicher Staatsbürger einen Teil seiner Zeit ehrenamtlich zur Verfügung stellte. Vielmehr ist er ein Professioneller, recht qualifiziert und erfahren in seinem dornenreichen Geschäft, in seinem Beruf ebenso mühsam aufgestiegen wie ein gutbezahlter Manager, nur schlechter besoldet. Er hängt wirtschaftlich in den allermeisten Fällen davon ab, daß er wiedergewählt wird - und das bestimmt sein Verhalten in hohem Maße.

Denn um wiedergewählt zu werden, muß er zunächst einmal in einem sicheren Wahlkreis als Kandidat aufgestellt oder aber auf einem sicheren Listenplatz plaziert werden. Wer aber entscheidet darüber, ob das geschieht?

Das sind nicht etwa die Wähler, sondern in aller Regel einfache Parteimitglieder oder Delegierte, und damit anders motivierte Menschen als der Abgeordnete selbst, den ich einmal als professionellen Polit-Manager bezeichnen möchte. Jene Delegierten, das sind Leute, ohne die man keine einzige Wahl gewinnen könnte, die das Ankleben von Plakaten besorgen, die Versammlungen organisieren, Handzettel auf der Straße verteilen und eine Menge Zeit dafür opfern. Von der Stärke ihrer Überzeugung, von ihrem Kampfgeist hängt fast alles ab im Wahlkampf. Ihr Vertrauen muß der Abgeordnete gewinnen und bewahren, um sein Mandat zu halten; sie entscheiden über seine Zukunft.

1. Ist Wissen wirklich Macht?

Was aber bewegt diese einfachen Parteimitglieder und Delegierten? Die eigene politische Karriere sicher nicht; denn die ist fast allen verbaut. Es gibt nur einen einzigen Bundestagsabgeordneten im Wahlkreis, und vielleicht zwei Landtagsabgeordnete. Darauf kann sich die große Masse der aktiven Mitglieder überhaupt keine Chance ausrechnen.

Was sonst könnte es sein? Es muß sich um eine ganz beträchtliche Motivation handeln, weil die aktiven, einfachen Mitglieder der politischen Arbeit ganz enorme Opfer an Zeit und Engagement bringen. Und ganz bestimmt ist es nicht die Information, was diese Leute bewegt. Die gehen nicht in eine politische Partei, um Sachvorträge zu hören; dafür ist die Volkshochschule da.

In der Tat müssen wir die Rolle der Information im politischen Prozeß überdenken. Auch hier gibt es ein überliefertes Idealbild, das vielleicht am besten in dem Spruch "Wissen ist Macht" zum Ausdruck kommt. Wer also mehr weiß als andere, ist im Vorteil, er durchschaut die Zusammenhänge besser und kann sich schneller orientieren; er ist der Überlegene. Demnach kann man überhaupt nicht genug Information bekommen: Information ist ein wertvolles Gut und der informierte Bürger das Leitbild.

Aber die Wirklichkeit sieht auch hier ganz anders aus als die Idealvorstellung. Der Durchschnittsbürger - mehr oder weniger also jeder von uns - glaubt in einer wahren Informationsflut zu ertrinken, die ihn der Orientierung

zu berauben droht, so daß er befürchten muß, sich nicht mehr zurechtzufinden, nicht mehr zu wissen, was wichtig ist und was nicht.

2. Orientierung durch Parteiideologie

In einer solchen Lage braucht man nicht etwa noch mehr Information. Man braucht, und zwar so dringend wie die Luft zum Atmen, Orientierungspunkte. Das ist ein vitales Bedürfnis. Und jeder hat eine andere Art, sich diese dringend benötigten Orientierungspunkte zu verschaffen. Eine Art ist die Religion, eine andere die Tradition; diese Dinge sagen dem Anhänger, dem Gläubigen, was zählt und was nicht, was wesentlich ist und was nur Beiwerk. Wer sich nun in einer Partei wirklich engagiert - also gerade der einfache Delegierte -, der benutzt das Gedankengut seiner Partei, ihre Ideologie, als Orientierungsmaßstab. Er kann deshalb die Partei auch nicht einfach wechseln wie ein Hemd; aber er wird auch nicht dulden, daß die Partei einfach ihre Ideologie ändert. Er bezieht von dorther ja ganz buchstäblich einen wichtigen Teil seines Weltbildes, auf das hin er sich ausgerichtet hat. Beispielsweise sagt er: dies ist sozialdemokratische Politik - und dafür setzt er sich ein -, und jenes nicht - und das wird er bekämpfen. Die Ideologie seiner Partei beleuchtet eine unübersehbar komplizierte Welt für ihn aus vertrautem Blickwinkel, so daß Licht und Schatten in charakteristischer Weise hervortreten, und er seine eigene Position definieren kann. Wenn sich die Beleuchtung plötzlich veränderte, so würde damit auch seine eigene Position unsicher, und er geriete in die gefährliche Nähe einer Identitätskrise.

3. Information als Bedrohung

In gewisser Weise rivalisieren also Information und Ideologie untereinander, weil neue Gesichtspunkte das vertraute Weltbild ständig zu unterminieren drohen. Das löst Ängste aus und kann dazu führen, daß man bestimmte Informationen nach Kräften abwehrt.

Besonders deutlich wird das bei Fanatikern aller Schattierungen. Der fanatische Gläubige muß den Ungläubigen töten, weil schon die Existenz des Unglaubens die Grundfesten seiner Persönlichkeit bedroht. Ein fanatischer Pazifist will nicht die Möglichkeit ins Auge fassen, daß die von ihm leidenschaftlich geforderte einseitige Abrüstung möglicherweise geradewegs in den Krieg hineinführen könnte. Der fanatische Grüne weigert sich, auch nur zu erwägen, ob Nullwachstum und alternatives Leben nicht vielleicht das Ende

jeden Umweltschutzes bedeuten könnten, weil Umweltschutz so viel Wirtschaftskraft aufzehrt. Fanatische Kernkraftgegner schließlich hören weg, wenn man zu bedenken gibt, daß die Alternativen zu Kernkraftwerken vielleicht noch viel unsicherer sind als die mit ausgetüftelten Sicherungen ausgestatteten Atommeiler. Und sie alle werden in höchstem Maße aggressiv, wenn die in solche Richtung weisende Information auch weiterhin angeboten wird. Das steht oft im seltsamen Kontrast zur lautstark propagierten Friedfertigkeit.*

Was bei Fanatikern so überdeutlich hervortritt, ist in gewissem Maße bei uns allen vorhanden. Ein wenig klammern wir uns alle an das, was uns in unserer Weltsicht bestärken kann. Hinter jeder neuen Information lauert auch die Gefahr der Orientierungslosigkeit, eines Identitätsverlustes. Die Information wird deshalb auch als Bedrohung empfunden, wenn sie in eine andere als die vertraute Richtung deutet; und dann wird sie zurückgewiesen - von dem einen mit leisem Kopfschütteln, von dem anderen mit leidenschaftlicher Empörung.

V. WISSENSCHAFT ALS MAGIE

Jetzt werden Sie fragen, was dies alles denn mit dem wissenschaftlichen Gutachten in der Politik zu tun hat, unserem Thema heute. Lassen Sie mich deshalb noch einmal zu den Fanatikern unter den Kernkraftgegnern zurückkehren. Wenn Sie mit denen zu diskutieren haben, so entfaltet sich jedesmal dasselbe Ritual. Kleine Broschüren werden aus der Tasche gezogen und bedeutungsvoll herumgeschwenkt - wie wertvolle Reliquien; manchmal handelt es sich auch um wissenschaftlich aufgemachte Zeitschriftenartikel. Da steht alles drin, Zahlenkolonnen, knappe, mit Fachausdrücken geziemt durchsetzte Texte, eindrucksvolle Graphiken: der Atomstrom kostet in Wirklichkeit ein Vielfaches der offiziellen Werte, die Sicherheitsvorkehrungen sind grob fehlerhaft und absolut ungenügend, die Gefahren für künftige Generationen heillos. Und bedeutende Wissenschaftler werden zitiert, Kernphysiker, Biologen, Philosophen.

*Es sollte deutlich geworden sein, daß ich selbst den Angebotstheoretikern nahe stehe. Das beeinträchtigt aber, soweit ich sehe, nicht die Allgemeinheit meiner Behauptung: Nachfragetheoretiker mögen den fanatischen Befürworter von Kernkraftwerken an die Stelle des Gegners setzen usw.

Diese Broschüren werden einem unter die Nase gehalten, da sind die Quellen, da hat man es schwarz auf weiß. Und wehe dem, der dann nicht ebenso präzise vorbereitet ist, der nicht mit Gegengutachten, anderen Zahlenkolonnen aufwarten kann, der nicht seinerseits berühmte Wissenschaftler zitieren kann. Er ist entlarvt, er ist unwissenschaftlich. Das ist schlimm, er muß in der Erde versinken.

1. Ideologische Mantelgeschosse

Interessant an diesen Diskussionen - Sie werden das aus eigener Erfahrung bestätigen können - ist, daß hier logische Argumentationsketten nicht als Einstieg in das klärende Gespräch benutzt werden. Es ist eben nicht so, daß beide Seiten zunächst ihre Argumente auf den Tisch legen, um sie dann gemeinsam nachdenklich zu betrachten, um sie besonnen hin und her zu wenden. Vielmehr werden solche Argumentationsketten dazu benutzt, sie dem Gegner wie Fahrradketten um die Ohren zu schlagen. Das sind nicht mehr Gedanken, die bewegen und anregen sollen, sondern das sind Geschosse, die stromlinienförmig verkleidet sind, in einen schnittigen Mantel der Wissenschaftlichkeit eingehüllt; es ist ideologische Munition, mit der da die gegnerische Ideologie zum Einsturz gebracht werden soll. Die Wissenschaftlichkeit soll die Gegenseite bannen wie der Zauberstab des Magiers.

Denn vor der Wissenschaft hat der Mann auf der Straße einen tiefen Respekt. Ein ideologisches Argument muß sich wissenschaftlich kostümieren, um sein Ziel zu erreichen. Umgekehrt ist der Vorwurf der Unwissenschaftlichkeit, sofern er nur plastisch vor Augen geführt werden kann, durchaus geeignet, den Gegner mundtot zu machen, da seine Argumente fortan ins Leere fallen und er vor aller Öffentlichkeit ins Unrecht gesetzt erscheint.

Wer sich also in derartige Diskussionen begibt, muß jene Broschüren vorher selbst lesen und sich die geeigneten, wissenschaftlichen Gegenargumente griffbereit zurechtlegen, damit er sofort kontern kann. Sonst ist er, wie gesagt, rasch mundtot gemacht; der wissenschaftliche Schutzwall um die eigene ideologische Position ist den gegnerischen Granaten schutzlos preisgegeben, er wird zusammenkartätscht und dann geschleift. Damit ist ein wichtiger Etappensieg in der ideologischen Auseinandersetzung erreicht.

Ich habe jetzt die Kernkraftgegner als besonders griffiges Beispiel gewählt. Sie alle kennen andere Beispiele für das geschilderte Phänomen. Immer kommt es darauf an, dem Gegner die Aura der Wissenschaftlichkeit zu nehmen, um ihn mundtot zu machen. Warum ist das so wichtig?

2. Die Schweigespirale

Elisabeth Noelle-Neumann hat in ihrem Buch "Die Schweigespirale" Erkenntnisse über den Prozeß der Formierung von öffentlicher Meinung vorgetragen, die hier von Bedeutung sind.* In der Öffentlichkeit nämlich gerät in die Defensive, wer sich zu umstrittenen Themen nicht äußert, wer schweigt. Die Menschen haben das Bedürfnis, mit der Öffentlichkeit übereinzustimmen; sie reagieren überaus sensibel auf öffentlich wahrnehmbare Stimmungsumschwünge, um sich nicht zu isolieren. Wer schweigt, wo sich das Meinungsklima in einer kontroversen Frage erst noch herausbildet, bietet Gleichdenkenden keine Bestätigung, keine Stütze; er trägt zu ihrer Furcht bei, mit der eigenen Meinung alleine zu stehen, die öffentliche Mißbilligung auf sich zu ziehen. Jene Gleichdenkenden werden daraufhin ihrerseits verstummen - und so den Eindruck verstärken, es müsse sich hoffnungslos isolieren, wer dieser Meinung noch immer anhänge.

Solche Isolationsfurcht kann auch dann um sich greifen, wenn in Wirklichkeit eine große Mehrheit hinter der öffentlich angegriffenen Position steht; solange die Mehrheit sich nicht deutlich wahrnehmbar und selbstbewußt äußert, schlagen die lautstark vorgetragenen Argumente auch einer Minderheit von überzeugten Gegnern Breschen in die Mehrheitsposition. Unterschwellig bahnt sich dann ein Umschwung im Meinungsklima an: zwar hält man selbst noch an der ursprünglichen Position fest, aber man bekommt immer ausgeprägter das Gefühl, in der Minderheit zu sein. Das Schweigen der anderen verstärkt dieses Gefühl, und am Ende hat man sich unmerklich der vermeintlichen Mehrheitsposition angenähert; man hat seine persönliche Ansicht mit der öffentlich vorherrschenden Meinung in Einklang gebracht.

Aber erst durch diesen unmerklichen Meinungswechsel der vielen Stillen hat sich die offensive Position wirklich durchgesetzt, ist sie zur öffentlichen Meinung geworden: zu derjenigen Auffassung im kontroversen Bereich, die man öffentlich äußern kann, ohne sich zu isolieren.

*Elisabeth Noelle-Neumann, die Schweigespirale. Öffentliche Meinung - unsere soziale Haut. München und Zürich (Piper & Co. Verlag) 1980.

3. Zur Strategie ideologischer Offensiven

Die oben beschriebenen ideologischen Auseinandersetzungen haben nichts anderes zum Ziel, als die eigene ideologische Position zur öffentlichen Meinung zu machen. Wenn das erreicht ist, hat man gewonnen. Denn dann müßten sich die Anhänger der Gegenposition in der Öffentlichkeit der geballten Mißachtung, der Abweisung, der Isolation aussetzen, wollten sie ihre Position weiterhin öffentlich vertreten; aber selbst wo sie das in Kauf nähmen, hätten sie keinen Einfluß mehr. Denn der Mensch hat eine "soziale Haut"; er kann es nicht lange ertragen, daß ihm seine Mitmenschen ständig abweisend und verächtlich begegnen. Er weicht deshalb vor der Isolationsdrohung zurück, die sich gegen Abweichler von der öffentlichen Meinung richtet; er fügt sich allmählich dem Konformitätsdruck dieser Meinung, ohne es selbst überhaupt zu bemerken.

Darauf aber stützt sich die Strategie ideologisch motivierter Angreifer. Um beispielsweise die öffentliche Meinung zu erschüttern und sie in ihr Gegenteil zu verkehren, wonach das Eigentum zu schützen sei, muß man die Befürworter des Eigentums zum Schweigen bringen. Sie sollen Furcht bekommen, sich öffentlich für ihre Position einzusetzen. Ihre Meinung soll in der Öffentlichkeit nicht mehr zur Geltung kommen, damit das Gros der Anhänger - obwohl bei weitem in der Mehrheit - angesichts des allgemeinen Schweigens in Isolationsfurcht fällt und verstummt, was die Schweigespirale fortsetzt.

Es muß also "in" werden, für "Instandbesetzung" zu sein; und wer etwa für die Räumung unrechtmäßig besetzter Häuser eintritt, muß dem Geruch der Lächerlichkeit, der Illiberalität, ja der Kriminalität preisgegeben werden, damit er still wird.

Es ist dabei von zentraler Bedeutung, aus der Defensive heraus in die Offensive überzugehen. Statt sich also wegen der - immerhin rechtswidrigen - Okkupation fremder Häuser zu verteidigen, muß man sie von vorneherein als selbstverständlich behandeln, also als etwas, worüber es kein Wort zu verlieren gibt. Zugleich muß man den brüskierten Hauseigentümer als jemanden hinstellen, der jeden Grund hat, sich zu verbergen, oder aber mindestens sich ängstlich zu rechtfertigen.

Indem sich der Eigentümer nämlich zu rechtfertigen sucht, hat er schon zugestanden, daß es einer solchen Rechtfertigung überhaupt bedürfe: er signalisiert damit seinen Gleichgesinnten, daß nunmehr auch für ihn selbst der Gebrauch von Eigentumsrechten jedesmal der öffentlichen Billigung unterliege, und zwar auch dort, wo diese Rechte gesetzlich voll sanktioniert sind. Damit aber räumt der betroffene Eigentümer öffentlich die Haltlosigkeit seines eigenen Rechtstitels ein; und wer jetzt noch anders denkt, wird sich weiter zurückziehen, - zumal wenn prominente Abgeordnete und Minister den Besetzern Worte warmen Einverständnisses schenken. Der Andersdenkende wird bald nicht mehr wagen, noch in der Öffentlichkeit für die Institution des Hauseigentums einzutreten; und am Ende wird er sich unmerklich zum Gegner dieser Institution gewandelt haben.

Das aber war das eigentliche Ziel der gesamten Operation. Diese entspann sich nur ganz vordergründig um die besetzten Wohnungen selbst. In der Tat findet man unter den Besetzern viele, die durchaus bestens versorgt sind. Es geht nicht um Wohnungen, sondern um das Eigentum an Wohnungen.

In ähnlicher Weise versuchen die Kernkraftgegner zu erreichen, daß niemand mehr wagt, öffentlich für Kernkraftwerke einzutreten, weil er sich andernfalls isolieren müßte. Sie suggerieren deshalb, sie seien "für das Leben": wer könnte da aufstehen und sich öffentlich "gegen das Leben" bekennen? Ebenso gehen die Gegner der Nachrüstung vor.

Besonders aufschlußreich war in dieser Hinsicht die erfolgreiche Kampagne gegen die "Berufsverbote". Dort war die Hauptschlacht schon geschlagen, als es gelang, diese Worthülse im Sprachgebrauch einzubürgern. Denn es kann doch niemand ernsthaft dafür eintreten, jemandem den Beruf zu verbieten! Die sehr heikle Frage aber, um die es in Wirklichkeit geht - wie man sich zu Verfassungsfeinden im öffentlichen Dienst stellen soll -, war überhaupt kein Thema mehr. Wer darüber noch öffentlich nachzudenken wagte, war damit schon als autoritärer, die freie Meinungsentfaltung gewaltsam unterdrückender Formalist abgestempelt und isoliert.

So kann es Minderheiten gelingen, die eigene ideologische Position in die öffentliche Meinung einzuschleusen und sie damit nicht nur zum mehrheitlich Akzeptierten zu machen, sondern sie zugleich auch noch gegen jede kritische Diskussion zu immunisieren.

4. Abschreckung durch Wissenschaft

Und das wissenschaftliche Gutachten? Das spielt eine wichtige Rolle im ideologischen Schlachtengetümmel; denn es soll den Gegner in seiner latenten Isolationsfurcht bestärken. Die durch illustre Namen verbürgte Wissenschaftlichkeit ideologischer Argumente dient als Abschreckungswaffe: man muß einfach glauben, was die Wissenschaft so bedeutsam doziert! Die gegnerische Position ist dann vielleicht noch ehrenwert, aber doch leider völlig unwissenschaftlich. Wer ihr dennoch anhängt, wird es nur noch heimlich tun können - so die Hoffnung der Auftraggeber des Gutachtens. Er wird sich isolieren und bedeutungslos werden.

Wenn ein Politiker sich hinter wissenschaftlichen Gutachten verschanzt, so benutzt er sie wie einen Schutzschild, an dem die Speere der gegnerischen Ideologie, die ja ihrerseits wissenschaftlich gepanzert sind, wirkungslos abprallen sollen. Hinter den Schild geduckt, wartet der Politiker ab - was er ein Moratorium nennt, eine Denkpause -; er hofft, die öffentliche Meinung möge sich unter der Wucht der wissenschaftlichen Beweislast der eigenen Position zuneigen. Dann, wenn sich der Pulverdampf verzogen hat, wird er sich hervorwagen. Von der öffentlichen Meinung getragen, den Meinungsklimadruck im Rücken, wird er dann alles das tun können, was er politisch lange zuvor schon anvisiert hatte, was aber so lange nicht opportun war.

5. Im Banne des Meinungsklimas

Die Neigung von Politikern, sich vom Meinungsklima tragen zu lassen, ist gefährlich, weil sie den zuvor beschriebenen kleinen, aber entschiedenen ideologischen Gruppierungen jede Möglichkeit gibt, über das Meinungsklima die Politik zu formen, und zwar am Wählerwillen vorbei. Diese Gruppierungen haben einen ungeheuer ausgeprägten Instinkt für das Erzeugen von Meinungsklimadruck. Sie verstehen es meisterhaft, mit der öffentlichen Meinung umzugehen. Das ist eine genuin politische Begabung; und man muß schon sagen, daß jene Politiker, die sich der öffentlichen Meinung immer nur anpassen, demgegenüber auf der politischen Bühne herumstolpern wie Laienschauspieler.

Die kämpferische Aufgabe des Politikers wäre es, sich einem entstehenden Meinungsklimadruck gegnerischer Ideologien - wie sie durchaus in ein und derselben Partei beheimatet sein mögen - mit dem ganzen Gewicht der eigenen Persönlichkeit entgegenzustemmen, um sich das Heft nicht aus der Hand nehmen zu lassen. Insofern war das eindeutige Bekenntnis des Bundeskanzlers in Sachen Doppelbeschluß der NATO, seine Rücktrittsdrohung, eine sehr politische Geste.

Es wurde allerdings auch allerhöchste Zeit dafür, weil inzwischen nur noch auf diese drastische Art eine Chance bestand, die schon viel zu lange ungehindert arbeitende Schweigespirale innerhalb der SPD gegen die Politik der eigenen Bundesregierung anzuhalten. Früher wäre das vielleicht einfacher und erfolgversprechender gewesen.

Eine defensive und hinhaltende Politik, wie wir sie im Augenblick bei uns gerade in kontroversen Bereichen antreffen - also etwa in Sachen Energiepolitik, Nachrüstung, Wohnungsmarkt -, ist vom Ergebnis her verantwortungslos, wenn sie sich ständig an der öffentlichen Meinung orientiert und den Einflüssen der "Szene" nicht mehr entgegenzutreten wagt. Denn es ist der Politiker, nicht aber die Szene, der zu Entscheidungen parlamentarisch legitimiert ist und die Verantwortung dafür zu tragen hat.

VI. IDENTITÄTSKRISE DURCH WANDEL: DIE SPD

Aber wir dürfen natürlich nicht bei dem Ergebnis stehen bleiben, daß unsere Politiker in lebenswichtigen Bereichen ihrer Verantwortung nicht oder nur schleppend nachkommen. Das wäre zu einfach. Wir müssen uns vielmehr fragen: warum ist das eigentlich so? Warum hat zum Beispiel ausgerechnet der Bundeskanzler Schmidt, früher doch beileibe nicht vom Hamlet-Zuschnitt, nun plötzlich diese merkwürdig zögerliche, abwartende, unentschlossene Haltung?

1. Was ist sozialdemokratische Politik?

Die Antwort lautet, daß nicht nur Personen Identitätskrisen durchmachen, sondern auch Parteien; und die Kanzlerpartei ist in eine solche

Identitätskrise tief verstrickt. Ein großer Teil der Parteimitglieder kann sich in der eigenen Partei nicht mehr wiederfinden. Die Partei vermag diesen Mitgliedern durch die Regierungspolitik nicht mehr jene Orientierung, jenes Weltbild zu vermitteln, das sie mit "sozialdemokratischer Politik" umschreiben, und das der Grund für ihr Engagement gerade in dieser Partei gewesen ist. Sie können sich mit der Kanzlerpartei nicht mehr identifizieren und reagieren mit äußerster Erregung, weil das sozialdemokratische Weltbild - so, wie sie es verstanden hatten - für ihre eigene Orientierung in einer undurchsichtigen und bedrohlichen Welt von größter Bedeutung war.

Zahlreiche Äußerungen prominenter Sozialdemokraten belegen diese Diagnose. So hat der Juso-Vorsitzende Piezyk kürzlich im Fernsehen erklärt, daß die SPD in Gefahr sei, ihre Identität zu verlieren; und in derselben Sendung erklärte ein Bezirksvorsitzender, für diese Politik (d.h. die Politik des Bundeskanzlers) hätten seine Mitglieder bestimmt keine Plakate im Wahlkampf geklebt; dafür hätten sie sich nicht auf die Straße und vor das Werktor gestellt. Der Vorwurf, der Kanzler betreibe keine "sozialdemokratische Politik" mehr, ist inzwischen fast schon zum Gemeinplatz geworden, weil er wieder und wieder erhoben wird.

Solche Äußerungen müssen für jede Parteiführung ein schrilles Alarmzeichen sein. Sie signalisieren, daß der Parteiführung die Battaillone wegzulaufen drohen. Sie zeigen darüberhinaus, welche tiefen Selbstzweifel die Basis befallen haben. Keine Partei ist gegen solche Krisen gefeit; und jede Partei wird in dieser Situation in einen Zustand der Lähmung verfallen.

Denn ohne eine motivierte Basis, die ihre eigene Überzeugung auf den Wähler ausstrahlt, können Wahlen nicht gewonnen werden. Wie beim Militär, so entscheidet auch im Wahlkampf der Geist der Truppe über Erfolg und Mißerfolg. Und wenn Sie etwa beobachten, welcher Entrüstungsturm sich im linken Flügel der SPD gegen einen Parteiausschluß des Bundestagsabgeordneten Hansen erhebt - also des radikalsten Kritikers der Politik des Bundeskanzlers -, dann wird das Zögern der Partei verständlich, sich mit der nötigen Eindeutigkeit für die Politik des Kanzlers einzusetzen. Ohne seine Partei aber ist auch ein sonst entschlußfroher Kanzler machtlos.

2. Die Auseinandersetzung im Unterbezirk München

Nun dürfen wir auch hier nicht einfach stehen bleiben. Wenn hinter dem Zögern des Kanzlers, hinter seiner Unentschlossenheit eine Identitätskrise der SPD steht, so müssen wir nach den Ursachen dieser Krise fragen. Es liegt nahe, dafür die Münchner SPD heranzuziehen, die sich ja schon früh in eine solche Krise verstrickt hatte und sich in der Folge selbst aus einer sicheren Machtbastion entfernt hat.

Der heutige SPD-Bundesgeschäftsführer Glotz hat über die Hintergründe jener Vorgänge eine bemerkenswerte Studie vorgelegt.* Er nennt die damaligen Auseinandersetzungen innerhalb der Münchner SPD "innerparteiliche Kultur- und Klassenkämpfe, in denen Menschen aus verschiedenen sozialen Schichten mit verschiedenen kulturellen Idealen und verschiedenen 'Sprachen' aufeinandertreffen". Der Zerfall der innerparteilichen Solidarität, so folgert Glotz, sei insofern "die Folge einer unbewältigten und tiefgreifenden Veränderung der Mitgliederstruktur".

Die Zahlen, mit denen Glotz seine These belegt, sind in der Tat eindrucksvoll. Sie offenbaren eine deutliche Überrepräsentation der Beamten und Angestellten sowie der in Ausbildung Befindlichen. Im Jahre 1974 gehörten der Münchner SPD 84 Hilfsarbeiter an, aber nicht weniger als 126 Journalisten, 127 Künstler, 333 Lehrer und Hochschullehrer. Während es 76 junge Arbeiter zwischen 21 und 24 Jahren gab, zählte Glotz 433 Schüler und Studenten; und während nur 15 Prozent der unter 20jährigen SPD-Mitglieder Lehrlinge waren, betrug der Anteil der Schüler an dieser Gruppe 67 Prozent. Von den über 13.000 Münchner Sozialdemokraten waren nicht einmal 300 Arbeiter unter 30; dafür stellten die Beamten und Angestellten unter den 30- bis 45jährigen runde 55 Prozent. Unter den elf Kreisvorsitzenden waren 1974 vier Angestellte, vier Beamte und drei Studenten - kein Arbeiter, kein Selbständiger.

Diese Entwicklung hatte sich überaus rasch vollzogen. Im Jahre 1974 waren mehr als die Hälfte der Münchner SPD-Mitglieder keine fünf Jahre in dieser Partei, während noch nicht einmal ein Viertel ihr länger als 15 Jahre angehörte.

*Peter Glotz, "Anatomie einer politischen Partei in einer Millionenstadt - über den Zusammenhang von Mitgliederstruktur und innerparteilicher Solidarität in der Münchner SPD 1968-1974". In: Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitschrift Das Parlament, 41 (1975), S. 15-37.

3. Akademiker contra Industriearbeiter

Der Schluß ist erlaubt, daß die schweren Auseinandersetzungen innerhalb des SPD-Unterbezirks München eine direkte Folge dieser dramatischen Umschichtung waren, in deren Verlauf die älteren, "klassischen" Mitglieder durch jüngere, akademisch vorgebildete oder sich in akademischer Ausbildung Befindliche überrundet und überstimmt wurden. Glotz sieht durchaus die Gefahr, daß sich aus solchen Vorgängen eine neue Form des "Klassenkampfes" zwischen dem öffentlichen Dienst und der Industriearbeiterschaft innerhalb der SPD ergibt, der sozialdemokratische Parteiorganisationen zerreiben könnte.

Damit schließt sich der Kreis zu den Überlegungen, wie ich sie zu Beginn meines Referates angestellt hatte. Zwei ideologische Grundpositionen waren vorgestellt worden, die sich im Bereich der Konjunkturpolitik als "Nachfragetheorie" bzw. als "Angebotstheorie" niederschlagen, die aber weit über diesen Bereich hinausgehen. Die eine davon ist geprägt durch eine Konsumentenmentalität; ganz obenauf in ihrer Wertskala stehen Gerechtigkeit, Sicherheit und der Schutz des Schwächeren, gekoppelt mit Ansprüchen an den "Stärkeren", - also in dieser Sicht an Wirtschaft und Staat. Die andere Position ist umgekehrt durch Erfahrungen aus der Produktionssphäre geprägt. Leistung, Risiko und Bewährung sind Denkkategorien dieser Position.

Welcher der beiden ideologischen Positionen man zuneigt, wird nicht unabhängig von der eigenen Lebenserfahrung sein. Und da zeigt sich, daß der Kumpel im Pütt, der Arbeiter, der in seinem Betrieb groß geworden ist, tief in der Produktion verwurzelt ist. Er vertritt in erstaunlichem Ausmaß angebotstheoretische Positionen. Das wurde klar, als die marxistischen Studenten am Werktor erschienen und in den Arbeitern ihre natürlichen Verbündeten erwarteten. Das Gegenteil stellte sich rasch heraus: es fehlte nicht viel, und jene Studenten wären verprügelt worden. Ernst genommen jedenfalls wurden sie von den Arbeitern überhaupt nicht. Was sie da eifernd vertraten, war eben meilenweit von jeder Lebenserfahrung entfernt, wie sie die Arbeiter geprägt hatte. Die Arbeiter hätten eben noch nicht das richtige Klassenbewußtsein, trösteten sich die Studenten damals.

Die innige Verbundenheit der Industriearbeiter mit der Produktionssphäre ist übrigens auch das Geheimnis des guten Funktionierens der Mitbestimmung. Im Betriebsrat findet sich ausgeprägt unternehmerisches Denken, und es hat sich als für das Gesamtunternehmen fruchtbar herausgestellt, dieses Reservoir in die Unternehmensführung einzubinden.

4. Noch einmal: Nachfragetheorie und Angebotstheorie

Aber gleichzeitig wird eine andere Tendenz deutlich. In den Stäben der Gewerkschaften sitzen nicht mehr Leute, die sich im Betrieb allmählich hochgearbeitet haben. Da sitzen jetzt Akademiker, die nur an der Universität vom Unternehmen gehört haben, für die "Produktion" lediglich eine theoretische Vokabel darstellt. Verinnerlicht haben sie die Erfahrungen der akademischen Sphäre, die ja von der eigentlichen Produktionssphäre mit ihren Risiken und Unwägbarkeiten gut abgeschirmt ist und allein der Alimentation durch den öffentlichen Sektor obliegt. Mit anderen Worten: in dieser Sphäre gedeiht die Nachfragetheorie.

Welche Schicht wird die nächste Generation der Gewerkschaftsführer stellen - die in der Produktionssphäre verwurzelten Arbeiter oder die nachfragetheoretisch ausgerichteten Akademiker aus den Stäben? Davon hängt ungeheuer viel ab für unsere Zukunft.

Nichts anderes als die Auseinandersetzung der beiden ideologischen Positionen aus Konsum- oder Produktionssphäre verursacht auch die gegenwärtige Identitätskrise der SPD. Die "klassischen" Mitglieder waren durch die unmittelbare Lebenswirklichkeit innerhalb der Produktion geprägt und identifizieren sich mit einer SPD, die auf dieser Anschauung aufbaut und sie ideologisch verdichtet. Die neuen, vorwiegend akademisch gebildeten Mitglieder, größtenteils im öffentlichen Dienst beheimatet, finden sich in nachfragetheoretischen Positionen bestätigt, in denen Gerechtigkeit, soziale Randgruppen, Umverteilung und Sicherheit eine Schlüsselrolle spielen, während die Produktion mit ihren Erfordernissen nur ganz am Rande erscheint.

Ein einflußreicher amerikanischer Senator äußerte kürzlich: lassen Sie uns jetzt erst einmal damit aufhören, den Wohlstand immer nur umzuverteilen. Lassen Sie uns lieber Wohlstand produzieren!

Deutlicher kann man den Umschlag von einer nachfragetheoretischen Position, wie sie seit Roosevelt in den USA vorgeherrscht hatte, zur Angebotstheorie nicht charakterisieren. Der Erdrutsch zugunsten von Reagan verdeutlichte, wie entschieden die Amerikaner diesen Umschlag vollzogen haben.

Der spektakuläre Erfolg der Japaner ist auf der entschieden angebotsorientierten Einstellung der japanischen Bevölkerung gewachsen. Die zahlreichen Analysen, die in letzter Zeit über dieses Phänomen publiziert wurden, belegen das überdeutlich. In Japan geht das so weit, daß die Beschäftigten für den Außenstehenden geradezu wie mit ihrem Unternehmen verheiratet wirken.

Zugleich beruht der wirtschaftliche Niedergang Großbritanniens über Dekaden hinweg eindeutig aus einer tief eingewurzelten Konsumentenmentalität, die sich im Gefolge des chronischen Importüberschusses einer reichen Kolonialmacht und Gläubigernation herausgebildet hatte.

V. SCHLUSS

Was wird mit uns geschehen? Wie wird die ideologische Auseinandersetzung zwischen Nachfrage- und Angebotstheorie bei uns ausgehen, die uns im Augenblick politisch zu lähmen droht?

Niemand kann das heute sagen. Nur ist dies eine politische Auseinandersetzung zwischen zwei ideologischen Grundpositionen. Sie wird, wie ich dargelegt habe, in weiten Bereichen mit Hilfe wissenschaftlicher Gutachten geführt, durch die jede Seite die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen sucht. Aber da die gleichen ideologischen Positionen auch in der Wissenschaft selbst beheimatet sind, dient die Wissenschaftlichkeit solcher Gutachten innerhalb der ideologischen Auseinandersetzung nur als stromlinienförmige Verblendung der eigentlichen Streitpunkte. Es wäre ehrlicher, politisch zu argumentieren und das wissenschaftliche Gutachten in dieser Schlacht nicht länger als Zauberstab und magischen Schutzschild zu mißbrauchen.